

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 09.10.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 17:15 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	ab 17:15 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	ab 17:15 Uhr
Herr Dieter Schika	SKE	ab 17:15 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Claudia Cappeller	SKE
Frau Undine Klein	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2012
4. Beschlussvorlagen
 - Top 5.2 wurde vorgezogen und als 4.1 behandelt
 - 4.1. Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759
 - 4.2. Bebauungsplan Nr.114, Kaserne an der Murmanker Straße - Änderung des Aufstellungsbeschlusses -
Vorlage: V/2012/10901
 - 4.3. Bebauungsplan Nr. 160 „THW Murmanker Straße“ - Aufstellungsbeschluss-
Vorlage: V/2012/10902
 - 4.4. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569
 - 4.5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10951
 - 4.6. Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010
 - 4.7. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019
 - 4.8. Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
 - 4.8.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11107
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2012/10684
 - 5.1.1. Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Die Linke. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet (Vorlage: V/2012/10684)
Vorlage: V/2012/10829
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha
Vorlage: V/2012/10783
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. aktuelle mündliche Informationen
 - 7.2. Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2012/11036
 - 7.3. Information zur Bürgerbrücke Peißnitz
 - 7.4. Pappelbestand im Stadtteil Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/11038
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfrage von Herrn Felke zur neuen Zuwegung zur JVA "Frohe Zukunft"
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmaigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Top 5.2 wird als vorgezogen und als erster TOP behandelt
Herr Sieber schlug vor, dass TOP 4.4 die 1. Lesung ist.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2012

Herr Feigl wandte ein, dass der Ausschuss nicht beschlieen kann und deshalb im TOP 7.4 im Protokoll der Satz: „Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung die finanziell begrenzte Variante weiter zu verfolgen.“ geändert wird in: „Der Ausschuss unterstützt mehrheitlich die Weiterverfolgung der begrenzten Variante.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu Top 5.2 wurde vorgezogen und als 4.1 behandelt

Diskussion siehe Top 5.2.

**zu 4.1 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759**

Herr Sänger schlug die 1. Lesung vor.

Herr Pohl stellte die Kleingartenkonzeption vor, die in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtverband der Gartenfreunde Halle erarbeitet wurde.

Herr Golnik wies darauf hin, dass die Verwaltung bei Erluterungsbedarf in die Fraktionen zur Diskussion kommen kann. Die Konzeption ist keine Planung zur Beseitigung von Kleingärten, sondern zielt auf die Sicherung des Kleingartenwesens. Dazu enthält die Konzeption Empfehlungen für eine Bedarfsanpassung. Die Konzeption wurde in enger Abstimmung mit dem Stadtverband der Gartenfreunde erarbeitet.

Frau Wildgrube fragte, ob der Kleingartenbeirat immer einbezogen war?

Herr Pohl antwortete, dass alle für die Kleingärtner relevanten Themen im Kleingartenbeirat besprochen werden. Bei Problemen wird Hilfestellung zur Lösung geleistet. Die Erstellung der Kleingartenkonzeption wurde regelmaig im Kleingartenrat begleitet.

Frau Wildgrube fragte, ob der einzelne Pächter sich an die Stadtverwaltung wenden kann.

Herr Pohl sagte, dass der Stadtverband der Gartenfreunde der Ansprechpartner der Stadt Halle ist, der die Anliegen der Kleingartenvereine und ihrer Mitglieder sammelt und weitertragt.

Herr Stäglich bat darum, dass Änderungsanträge rechtzeitig eingereicht werden, damit diese ggf. in die Fassung zur 2. Lesung eingearbeitet werden können und damit eine Beschlussfassung im nächsten Ausschuss möglich wird.

Herr Felke hielt es für besser, eine engere Verbindung zu anderen Konzepten herzustellen. Problematisch sieht er die mittlere Kategorie mit Umstrukturierung ohne Priorität. Die Einstufung der einzelnen Kleingartenvereine in die Kategorien sollte in der Konzeption erfolgen. Es soll aufgezeigt werden, wo die Verantwortung gebündelt werden sollte. Es sollte aufgezeigt werden, wie Fördermittel eingeworben werden können. Wenn Fördermittel nur bis 2016 sicher sind, sollte man schnell die Weichen stellen.

Herr Stäglich erklärte, dass die verschiedenen Konzepte im Stadtplanungsamt zusammenlaufen. Es wird nicht möglich sein, alle Fachkonzeptionen parallel laufen zu lassen. Die Förderung von Kleingärten ist eine freiwillige Leistung, die Einstellung von Geldern wird für den Haushalt 2014 diskutiert.

Herr Dr. Köck fragte, ob die Möglichkeiten, an die Öffentlichkeit heranzutreten, ausgeschöpft wurden. Informationen zur Größe der Gärten in der Zeitung wären sinnvoll. Wie ist die Strategie, wenn Gärten aufgegeben werden? Wird das im Sinne des Naturschutzes behandelt, oder einfach umzäunt bleiben?

Herr Pohl sagte, dass der Rückbau im Einzelfall betrachtet und eine sinnvolle Lösung mit dem Stadtverband und den beteiligten Vereinen gesucht wird. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, bleibt die Pacht für die Anlage gleich bei weniger Pächtern, was die Anlage gefährden kann. Es gibt im Internet eine Seite des Stadtverbandes, die auf freie Gärten hinweist. Es gibt eine Serie zu Kleingartenanlagen im Amtsblatt. Es gibt Veranstaltungen in Kleingartenanlagen für die Öffentlichkeit wie offene Gartenportale oder Radtouren.

Herr Stäglich verwies auf die Seite 17, wo die Öffentlichkeitsarbeit aufgeführt ist. Der Stadtverband präsentiert sich auf dem Umwelttag. Der Trend zum Kleingarten ist rückläufig und man versucht hier diesen Rückgang planerisch sinnvoll zu gestalten.

Herr Kautz fragte, ob es einen Erfahrungsaustausch mit Leipzig gegeben hat.

Herr Pohl bejahte dies. Es wurden auch mit Altenburg und Magdeburg Erfahrungen ausgetauscht.

Herr Sänger erinnerte daran, dass Änderungsanträge rechtzeitig eingereicht werden.

Herr Lehmann, Ehrenmitglied und vormaliger Vorsitzender des Stadtverbandes der Gartenfreunde Halle erklärt, dass die Kleingartenkonzeption in dreijähriger Arbeit zusammen mit der Stadt erarbeitet wurde. Der Stadtverband sieht die Konzeption als wichtige Handlungsgrundlage, um auf die zu erwartenden Leerstände zu reagieren und den Erhalt des Kleingartenwesens in Halle zu ermöglichen. Er bittet die Stadträte, im Interesse der Kleingärtner der Konzeption zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: beraten
1. Lesung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.

**zu 4.2 Bebauungsplan Nr.114, Kaserne an der Murmansker Straße - Änderung des Aufstellungsbeschlusses -
Vorlage: V/2012/10901**

Herr Menn fragte, warum sind die Flurstücke 229 und 173 isoliert dargestellt. Warum ist die Murmansker Straße in dieser Form mit eingebunden?

Herr Wendler erläuterte, dass das aus dem alten Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 114 kommt. Bereits als der Bebauungsplan Nr. 150 Erweiterung Bildungsstandort Murmansker Straße herausgelöst wurde, sind die hier dargestellten Bereiche übrig geblieben. Im künftigen B-Plan Nr. 160 fallen diese Bereiche dann weg, sie sind nicht mehr Teil des Aufstellungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 114, Kaserne an der Murmansker Straße. (Aufstellungsbeschluss vom 13.12.2000 , Beschluss-Nr.: III/2000/00855 und Änderung des Aufstellungsbeschlusses vom 25.03.2009, Beschluss-Nr.: IV/2009/07734)
2. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage Nr. 3 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich wird verkleinert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 4,8 ha.
3. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 13.12.2000, Beschluss-Nr.: III/2000/00855 werden auf den veränderten Geltungsbereich angepasst.

**zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 160 „THW Murmansker Straße“ -
Aufstellungsbeschluss-
Vorlage: V/2012/10902**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB, den Bebauungsplanes Nr. 160 „THW Murmansker Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellte Fläche. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,7 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 4.4 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012
Vorlage: V/2012/10569

Herr Felke fragte nach dem gesetzlichen Rahmen. Der PBfG soll dieses Jahr beschlossen werden. Dabei spielen Vergaben eine wichtige Rolle, ist daran gedacht worden?

Herr Stäglin antwortete, dass der aktuellste Stand noch nicht vorliegt und im November nachgereicht wird.

Herr Sieber fragte nach der EU Verordnung 1370/2007, die die Regelung des PBfG korrigiert. Sieht die Stadt Halle das als unmittelbar geltendes Recht?

Herr Möbius sagte, dass die EU Verordnung geltendes Recht ist.

Herr Menn fragte, welchen Handlungsbedarf es von Seiten der HAVAG gibt, der zu einem schnellen Beschluss führt.

Herr Möbius antwortete, der Grund für die Befassung des Nahverkehrsplanes bis zum Jahresende liegt in der Verordnung 1370/2007 und der Neuregelung des PBfG, da die Ausschreibung von Verkehrsleistungen einen bestätigten Nahverkehrsplan benötigt.

Herr Sänger sagte, dass sich die HAVAG mit der Verwaltung abstimmen wird.

Abstimmungsergebnis: beraten
1. Lesung

Beschlussvorschlag:

1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat hat jedes Jahr über die Verwendung der finanziellen Mittel aus § 8 ÖPNVG LSA im Folgejahr zu entscheiden.

zu 4.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 23
"Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee und Osendorfer See" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2012/10951

Herr Stäglin erläuterte, dass bei dieser Vorlage der Stadtratsbeschluss befolgt wird.

Herr Feigl fragte, an welchem Punkt im Planungsstand befindet man sich und welche konkreten Zusagen gab es an den Investor?

Herr Dr. Köck fragte, ob es zeitliche Vorstellung gibt, um mit der Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen.

Herr Stäglin antwortete, dass die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahr beginnen soll. Beim Einbringen der Vorlage zum Aufstellungsbeschluss wurde nicht nur das Thema Golfplatz betrachtet, sondern der Hufeisensee als Freizeit- und Erholungsgebiet. In der weiteren Planung könnte es dazu kommen, dass der Bebauungsplan in verschiedene Teile aufgeteilt wird.

Herr Felke schlug vor, den Bebauungsplan Nr.158 als vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu planen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 23, im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“. Die Änderung umfasst zwei Teilflächen, die Teilfläche „Hufeisensee“ und die Teilfläche „Osendorfer See“.
2. Die Abgrenzung der Geltungsbereiche der Änderung für die beiden Teilflächen sind den Anlagen 1 und 2 der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 4.6 Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland Vorlage: V/2012/11010

Herr Stäglin betonte, dass die Vorlage als gleichlautende Beschlussfassung einheitlich in allen 11 Städten vorliegt.

Herr Golnik führte in die Vorlage ein.

Herr Felke kritisierte, dass alle Sitze für Mitteldeutschland in Leipzig sind. Wurde versucht die Geschäftsstelle in Halle anzusiedeln?

Herr Dieringer fragte, ob es Ergebnisse aus diesen Organisationen gibt.

Warum ist der Mietpreis von 1600 € für die Geschäftsstelle mit 67m² so hoch? Ist die Summe pro Monat?

Herr Golnik antwortete, dass die Geschäftsstelle bisher alle 2 Jahre gewechselt hat, was sich als ungünstig erwiesen hat und teilweise hinderlich war. Die Stadt Halle hat sich stets für einen Standort der Geschäftsstelle in der Region Halle/Leipzig ausgesprochen und begrüßt die jetzt erreichte Lösung. Die Geschäftsstelle in Leipzig ist durch kurze Wege gekennzeichnet und der Kontakt zu den Kollegen ist positiv zu werten. Zum Mietpreis antwortet die Verwaltung schriftlich.

Es wurde bislang jedes Jahr eine Metropolregionkonferenz durchgeführt, die thematisch angelegt waren. Die konkreten Ergebnisse der Arbeit in der Metropolregion entstehen aus den verschiedenen Projekten in den fünf verschiedenen Arbeitsgruppen.

Herr Stäglin sagte, dass ein Ergebnis nicht immer direkt greifbar ist. So gibt es gemeinsame Präsentationen, bei denen sich die Region geballt darstellt. Aus der 5.

Metropolregionkonferenz in Erfurt ging hervor, wenn Halle mit in das Lutherprojekt einsteigt, ist das ein positiver Effekt. Wichtige Zielsetzung der Metropolregion Mitteldeutschland ist u.a., eine gute Vernetzung der Kommunen zu erreichen.

Herr Dieringer fragte nochmals nach, ob es aus diesen Veranstaltungen heraus Ergebnisse sind, die für die Stadt positiv zu werten sind. Ist ein Projekt zu Ende, was ist das Ergebnis daraus? Gibt es dazu Ansprechpartner?

Herr Golnik antwortete, dass die Projekte in Abstimmung zwischen den Städten entstehen. Eine Evaluierung der Projekte gab es bisher nicht, aber bei vielen Veranstaltungen wurde über den erreichten Stand informiert. **Herr Loebner** sagte, dass die Bildung von Metropolregionen durch die Bundesregierung initiiert wurde und eine besondere Bedeutung hat, um die Wettbewerbsfähigkeit von Städten im überregionalen und europäischen Rahmen zu stärken. Einzelne Städte können in diesem Rahmen ihre überregionalen Interessen bündeln und mit stärkerem Gewicht einbringen. Eine Mitgliedschaft ist sinnvoll, auch wenn die Ergebnisse erst später ersichtlich werden.

Herr Dr. Köck vermisste einen Arbeitsschwerpunkt, dass wir drei Bundesländer sind und dass die Oberzentren zusammenarbeiten und dass diese Ebene sich nicht wieder spiegelt. Das müsste doch im Vereinszweck verankert sein. Die Konkurrenz zum Forum mitteldeutscher Städte müsste geklärt werden, bevor ein neuer Verein gegründet wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 3

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe der Satzung und der Beitragsordnung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Gründung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ mit Sitz in Leipzig wird zugestimmt und der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die Gründung mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion vorzunehmen.

Der ordentlichen Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

**zu 4.7 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV – Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2013 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2012/11019**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß §8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

**zu 4.8 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762**

Der TOP 4.8 und der TOP 4.8.1 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Dieringer erkundigte sich nach dem Unterschied in der Sachdarstellung und dem Strategiepapier zu den Kosten der Finanzierung. Die Vision eine unternehmerfreundliche Stadt bis 2025 zu schaffen, ist zu ungenau. Ein richtiges Ziel wäre die Gewerbeeinnahmen zu verdoppeln. Das Strategiepapier zielt nur auf die Wissenschaft und lässt die Wirtschaft außen vor. Der Weinbergcampus ist positiv für Halle, damit kann man einen Bogen zur Wirtschaft schlagen, sonst ist das Strategiepapier veraltet. Das Strategiepapier ist zu unkonkret.

Herr Feigl sagte, dass in der Fortschreibung auf den Seiten 4 - 5 nur ein Rahmen abgesteckt wird. Das Verfahren vom Verkehrsentwicklungsplan könnte hier als Vorbild dienen.

Herr Dr. Köck sagte, dass man in den Fraktionen zu wenig Zeit hatte darüber zu beraten und plädierte dafür, im Sinne des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu verfahren.

Herr Stäglin antwortete, dass der Prozess eine lange Entstehungsgeschichte hat, wo versucht wurde Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft mit einzubeziehen. Es gilt zu definieren, wo die Stadt Stärken hat, die für eine weitere Entwicklung positiv genutzt werden können. Die Bevölkerungsentwicklung von Halle ist nicht mehr rückgängig, sondern stabil bis zum leichten Zuwachs, was zum Teil an den Studenten liegt, die, wenn die Möglichkeiten in der Wirtschaft gegeben sind, sich hier dauerhaft ansiedeln könnten. Die Verwaltung könnte die Formulierung des Begriffes Wirtschaft in das Strategiepapier aufnehmen. Das Strategiepapier ist nicht vergleichbar mit dem Verkehrsentwicklungsplan. Wichtig ist ein Start des ISEK-Prozesses. Die Bürgerumfrage ist im Gremienumlauf, aus dem Fragen für das Strategiepapier genutzt werden sollen.

Das Landesverwaltungsamt stimmt keinem Änderungsverfahren von separaten Wohnbauflächen zu, wenn keine Gesamtbilanz vorliegt. Die Gesamtbilanz soll aus dem ISEK entwickelt werden. Sollte sich das verschieben, muss der Umgang mit dem Flächennutzungsplan überdacht werden. Durch den Änderungsantrag wird die Zeitschiene zu weit ins Jahr 2013 verschoben.

Herr Felke sagte, dass der 1. Punkt im Änderungsantrag schlüssig ist. Das kann die Diskussionsgrundlage sein. Die anderen Punkte sind nur eine Umetikettierung und Fortschreibung der Lenkungsgruppe.

Herr Dieringer, sagte, dass die Universität einen großen Beitrag zur Stadtentwicklung leistet.

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt - Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“.
2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild fortzuschreiben.
3. Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.

**zu 4.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11107**

Diskussion siehe TOP 4.8.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 2

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat ~~beschließt~~ **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt - Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis.**
- ~~2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild fortzuschreiben.~~
- ~~3. Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
2. **Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, auf Grundlage dieses Strategiepapiers und mittels eines strukturierten Diskussionsprozesses unter Einbeziehung der Stadtratsfraktionen im zweiten Quartal 2013 eine Beschlussvorlage für a.) ein Integriertes Strategiepapier und b.) den Prozess zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts vorzulegen.**

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet** **Vorlage: V/2012/10684**

Der TOP 5.1 und 5.1.1 wurden gemeinsam beraten.

Herr Stäglich berichtete über das am 24.09.2012 zwischen der Fraktion und der Verwaltung stattgefundene Gespräch. Nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz ist für rechtsverbindliche Stellungnahmen grundsätzlich die Schriftform mit Unterschrift vorgesehen. Eine gleiche Verbindlichkeit kann aber zur jetzigen Zeit online nicht erreicht werden. Eine Möglichkeit, die Öffentlichkeit mit einzubeziehen, wäre über die FAQs im Internet. Das hätte einen hohen personellen und finanziellen Aufwand zur Folge. Im Ergebnis aus dem Termin hat man sich verständigt, nach Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel für die Einstellung ins Internet bei neu beginnenden Planverfahren die Unterlagen für die frühzeitige Beteiligung und zum Entwurf im Internet bereitzustellen.

Herr Dr. Köck fragte, wie jetzt mit dem Antrag umgegangen wird. Der Antrag hätte sich erledigt, aber die Fraktion wünscht, dass das Ergebnis im Protokoll festgehalten wird.

Herr Stäglich sagte, dass über das laufende Planverfahren nach dem Sommer 2013 berichtet wird. Das Protokoll des gemeinsamen Termins zwischen der Verwaltung und der Fraktion wird dem Protokoll vom Planungsausschuss beigelegt.

Herr Dr. Köck erklärte sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung von Bebauungsplänen und die öffentliche Auslegung von Entwürfen von

Bebauungsplänen ergänzend zum standardisierten Verfahren auch auf der stadteigenen Internetpräsenz durchzuführen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit rechtsverbindliche Stellungnahmen von BürgerInnen und Institutionen bei der Beteiligung und bei der öffentlichen Auslegung auf elektronischem Wege (z.B. Email) realisierbar sind.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Die Linke. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet (Vorlage: V/2012/10684)
Vorlage: V/2012/10829**

Diskussion siehe TOP 5.1.

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch Antragsteller

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt alle personellen und technischen Voraussetzungen gegeben sind, um die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung von Bebauungsplänen ergänzend zum standardisierten Verfahren auch auf der stadteigenen Internetpräsenz durchzuführen und im Planungsausschuss mitzuteilen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit rechtsverbindliche Stellungnahmen von BürgerInnen und Institutionen bei der Beteiligung und bei der öffentlichen Auslegung auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) realisierbar sind.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha
Vorlage: V/2012/10783**

Herr Malter (Geschäftsführer der NASA GmbH) stellte an den Beginn seiner Ausführungen einen kurzen historischen Abriss der S-Bahn in Halle. Die Fahrgastzahlen sind von 20.000 Fahrgästen/24 Stunde nach der Wende auf 5000 Fahrgäste/24 Stunde gesunken. Vor allem der Wegfall der Arbeitsplätze innerhalb der Stadt Halle und in Buna führte zu dieser Entwicklung. Zukünftig soll die S-Bahn in Halle ihren rein innerstädtischen Charakter verlieren.

Herr Panitz (NASA) informierte über das weitere Vorgehen zum Umgang mit dem Ast Halle-Hbf – Halle Trotha. Grundvoraussetzung für die Führung der S-Bahn wie ausgeschrieben und ab 2013 vorgesehen (Halle-Nietleben-Halle-Hbf –Citytunnel Leipzig- Leipzig Stötteritz) ist das Vorhandensein eines elektronischen Stellwerkes (ESTW) für die Westgruppe der Gleise in Halle. Die DB hat dieses Projekt auf unbestimmte Zeit verschoben. Bis zur Fertigstellung des ESTW gibt es folgende Vorgehensweise: Die S-Bahn in Halle fährt wie bisher, Halle-Nietleben - Halle-Hbf - Halle-Trotha. Sollte das ESTW gebaut sein und eine durchgehende Verbindung möglich sein, wird der verbleibende Ast Halle-Hbf – Halle Trotha in das Netz integriert, so dass eine Bedienung der Haltepunkte mindestens 2-mal pro Stunde gewährleistet wird. Eine mögliche Option ist die Verlängerung der Verbindung aus Richtung Eisleben.

Herr Felke sagte dass die Finanzierung der Strecke im Nachtragshaushalt des Landes bis 2025 abgesichert ist. Warum wurde die Strecke nach Trotha bei der Ausschreibung nicht mit einbezogen?

Herr Sänger fragte die Fraktion, ob der Antrag jetzt nach der Präsentation erledigt ist.

Herr Menn lie den Antrag im Namen der Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 4

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Erhalt einer werktäglich tagsüber im Dreig-Minuten-Takt verkehrenden Bahnverbindung zwischen den Haltestellen Trotha und Hauptbahnhof auf der Bahnstrecke der bisherigen S-Bahn-Linie 7 (KBS 591 S-Bahn Halle) auch nach dem Dezember 2013 aus. Dabei müssen weiterhin alle Unterwegshaltestellen bedient werden.
2. Die Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung auf, diese Aufrechterhaltung der Bedienungsqualität bei der Umsetzung des Plans des üblichen Personennahverkehrs 2010 - 2015/2025 des Landes und in entsprechenden Verkehrsleistungsvergaben sicherzustellen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 aktuelle mündliche Informationen

Herr Stäglin sagte, dass zum nächsten Stadtrat der Stand zur Städtebauförderung vorbereitet wird.

**zu 7.2 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle des Manahmetragers HAVAG
Vorlage: V/2012/11036**

Herr Stäglin fragte, ob es Kritik an der Form dieser Informationsvorlage gibt, wenn nicht, wird der Quartalsbericht in Zukunft so fortgeführt.
Es gab keine Einwände.

zu 7.3 Information zur Burgerbrucke Peinitz

Herr Sommer fragte, warum die Brücke nicht aus einer Fachwerkkonstruktion bestehen würde.

Herr Stäglin wies darauf hin, dass demnächst eine Vorlage zur Peinitz Brücke kommt, wo ersichtlich sein wird, dass es sich um eine Stahlkonstruktion handelt.

Herr Feigl wunderte sich, dass im letzten Jahr kein Geld für die Brücke vorhanden war und jetzt wird noch zusätzlich Geld bereitgestellt.

Herr Stäglin sagte, dass der Brücke in den vergangenen Jahren nicht die höchste Priorität zugebilligt werden konnte. Durch die Spenden konnten jetzt aber trotz schwieriger Haushaltssituation die Planungen angeschoben werden und das Projekt in den Haushalt eingeordnet werden. Es wurde immer kommuniziert, dass die Widerlager für die langfristige Variante zur Befahrbarkeit gebaut werden soll, aber aus finanziellen Gründen sich im ersten Bauabschnitt nur auf die Rad- und Fußwegverbindung konzentriert wird. Es wird mit dem Fördermittelgeber zurzeit geklärt, ob der 2. Abschnitt gefördert und bereits jetzt schon umgesetzt werden kann, da dadurch Kosteneinsparungen erzielt werden.

zu 7.4 Pappelbestand im Stadtteil Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/11038

Herr Felke fragte, ob eine Vorlage kommt, da in der Information steht, dass man im Jahr 2013 ca. 300.000 € brauchen wird.

Herr Stäglin sagte, dass das Grünflächenamt im nächsten Jahr 150.000 € brauchen wird, um mit dem Thema der Umsetzung beginnen zu können. Das Thema ist angemeldet und wird mit der Kämmerei besprochen.

Herr Feigl fragte, ob über die Verwertung des Holzes, was eingeschlagen wird, nachgedacht wurde.

Herr Rost antwortete, dass alles verwertbare Holz verwertet wird. In der Forstabteilung sind 50.000 € Erlöse aus Holzverkauf im Haushaltsplan verankert und ist nicht extra aufgeführt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage von Herrn Felke zur neuen Zuwegung zur JVA "Frohe Zukunft"

Herr Felke fragte nach der Bürgerinitiative JVA Frohe Zukunft. Gab es wegen der neuen Zuwegung Gespräche mit der Stadt? Die Zuwegung über die Dessauer Straße wird teuer und das Land muss da deutlich finanzielle Unterstützung leisten.

Herr Stäglin beantwortete, dass es mit dem Land ein erstes Fachgespräch gab und nun weitere planungsrechtliche- und konzeptionelle Fragen im Planungsprozess zu klären sind.

zu 9 Anregungen

Herr Sieber regte an, an der Baustelle Weinbergkreuzung, auch den Radverkehr aufrecht zu erhalten und nicht nur den Fahrzeugverkehr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.11.12

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Frank Sängler
Ausschussvorsitzender

Andrea Schönberg
Protokollführerin